Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 14. **Sonnabend, 17. Januar 1925, abends.** **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 1 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vertällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Zahler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zum 18. Januar.

Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu,
Daß immer noch auf Erden für euch ein Fähnlein sei,
Gefährten unsrer Jugend, ihr Bilder beff'rer Zeit
Die uns zu Männertugend und Liebestod geweiht.

Wollt nimmer von uns weichen, uns immer nahe sein,
Treu wie die deutschen Eichen, wie Mond und Sonnenschein.
Einst wird es wieder helle in aller Brüder Sinn
Sie kehren zu der Quelle in Lieb und Treue hin!

Sie haben wohl gerungen die Helden dieser Frist;
Und nun der Sieg gelungen, übt Satan neue List.
Doch wie sich auch gestalten im Leben mag die Zeit,
Du sollst mir nicht veralten, o Traum der Herrlichkeit!

Ihr Sterne, seid uns Zeugen, die ruhig niederschaun,
Wenn alle Brüder schweigen und falschem Götzen traun:
Wir woll'n das Wort nicht brechen, nicht Buben werden gleich
Woll'n predigen und sprechen vom heil'gen deutschen Reich.

Max v. Schenkendorf.

Der Reichspräsident an die scheidenden Reichsminister.

)(Berlin. Der **Reichspräsident** hat an den bisherigen Vizekanzler und Reichsminister des Innern **Dr. Jarres** folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrage auf Enthebung von Ihren Aemtern habe ich mit dem beigefügten Erlasse entsprochen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen bei diesem Anlasse mit dem Ausdrucke meiner aufrichtigen Anerkennung herzlich zu danken für Ihre hingebende und erfolgreiche Wirksamkeit als Reichsminister des Innern und als Stellvertreter des Reichskanzlers. Mit besonderer Freude begrüße ich es, daß mit der Rückkehr auf Ihren früheren Posten Sie Ihre reichen Erfahrungen und Gaben den Sorgen und Nöten des besetzten Gebietes widmen wollen, und ich bitte Sie, für diese Ihre weitere Tätigkeit meiner besten Wünsche versichert zu sein.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr ergebener gez. Ebert.

Dem ebenfalls aus dem Amte scheidenden Reichswirtschaftsminister Hamm übersandte der Reichspräsident nachstehendes Schreiben:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Indem ich Sie auf Ihren Antrag mit dem beifolgenden Erlasse von dem Amte des Reichswirtschaftsministers entbinde, spreche ich Ihnen herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung für die unermüdliche und erfolgreiche Arbeit aus, die Sie in dem schwierigen Amte des Reichswirtschaftsministers mit hingebendem Eifer und politischem Geschick geleistet haben. Sie haben sich in diesem Jahre des Ueberganges von der Inflationswirtschaft zu gefestigten Verhältnissen große Verdienste um die deutsche Volkswirtschaft erworben und in erheblichem Maße dazu beigetragen, daß nach schweren und kritischen Zeiten uns heute eine Hoffnung auf günstigere Entwicklung gegeben ist. Meine besten Wünsche begleiten Sie auf Ihrem weiteren Wege.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr ergebener gez. Ebert."

Die abgesagte Regierungserklärung.

Von unserem Berliner Vertreter.

Zur größten Ueberraschung der Reichstagsparteien wurde am Freitag nachmittag die in Aussicht gestellte Regierungserklärung des Kanzlers abgesagt. Begründet wurde dieser Schritt damit, daß wichtige Ministerien, insbesondere das Reichsfinanzministerium und das Reichsjustizministerium noch nicht besetzt seien. In Wirklichkeit scheinen sich in letzter Stunde noch gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Parteien ergeben zu haben, sodaß Reichskanzler Dr. Luther genötigt war, die Besprechungen mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über das Regierungsprogramm wieder aufzunehmen. Weiterhin steht es fest, daß man sich über die noch offenen Ministerien sehr schwer einigen kann, zumal von gewissen Kreisen versucht wird, in dieser Frage ganz neue überraschende Forderungen aufzustellen. Man rechnet nunmehr damit, daß am kommenden Montag die Verlesung der Regierungserklärung durch den Kanzler vor dem Reichstag erfolgen kann.

Das Reichskabinett hat inzwischen seine erste Beratung abgehalten. Nach den Verlautbarungen der Regierungskreise steht fest, daß die offizielle Regierungserklärung lediglich die Aufgaben des Kabinetts für die nächsten Monate behandelt. Grundsätzliche politische Momente sollen nach Möglichkeit ausgeschaltet werden und man hat sich dahin geeinigt, daß lediglich der Schutz der Verfassung als Schwerpunkt der inneren Politik gelten soll.

Unterrichtete Kreise wollen wissen, daß die Regierungsfrage in Preußen auf die Vertagung der Regierungserklärung einen wesentlichen Einfluß ausgeübt habe. Da zu erwarten sei, daß in Preußen eine neue Situation entstehe, hätten die Deutschnationalen neue Forderungen aufgestellt. Diese Gerüchte werden jedoch von deutschnationaler Seite in der entschiedensten Weise dementiert. Die Verhandlungen unter den Reichstagsfraktionen, die sich jetzt mit der Besetzung der noch offenen Ministerien beschäftigen, dürften bis spätestens Sonnabend nachmittag zu Ende geführt sein. Das Reichsfinanzministerium soll, wie verlautet, neuerdings mit einem deutschnationalen Politiker besetzt werden, und zwar heißt es, daß die deutschnationale Fraktion darauf bestehe, den früheren Parteiführer Dr. Hergt als Reichsfinanzminister vorzuschlagen. Gegen diese Lösung werde jedoch von Seiten des Zentrums ganz entschieden Einspruch erhoben. Der Reichskanzler, der bei diesen Verhandlungen eine vermittelnde Rolle spielt, hat bei der Deutschen Volkspartei angefragt, ob sie bereit sei, auf die Besetzung des Reichsfinanzministeriums zu verzichten und dafür einen anderen Ministersitz zu übernehmen. Die Deutsche Volkspartei scheint jedoch nicht geneigt zu sein, auf diesen Vorschlag einzugehen, sondern sie wünscht ausdrücklich, daß das Reichsfinanzministerium durch sie besetzt wird, weil die Führung des Reichsfinanzministeriums mit Rücksicht auf die Londoner Abmachungen in engstem Einvernehmen mit dem Außenminister zu arbeiten haben wird.

Reichskanzler Dr. Luther.

Die Auslandspresse zum Kabinett Luther.

Die Pariser Presse.

* Paris. Das Kabinett Luther wird von den Blättern je nach ihrer politischen Einstellung verschieden beurteilt. Die rechtsstehende Presse ist bemüht, das Zustandekommen des deutschnationalen Kabinetts als einen Mißerfolg des französischen Linkskartells darzustellen, während die linksgerichteten Blätter behaupten, der Bildung des Kabinetts Luther keinerlei Bedeutung beizumessen. — „Ere Nouvelle" prophezeit dem Kabinett ein nur kurzes Dasein, weil es sein Zustandekommen nur einem politischen „Zufall" verdankt. — Der „Gaulois" schreibt: Wir stellen fest, daß Deutschland sich jetzt für stark genug hält, sein wahres Gesicht zu zeigen. Wir ziehen diese Offenheit der Heuchelei der bisherigen Kombinationen vor. Es ist uns lieber, daß der Sachverständigenbericht von denen ausgeführt wird, die ihn bisher bekämpften, und nicht von denen, die ihn angenommen haben. — Marcel Ray im „Petit Journal" ist der Ansicht, daß die Bildung des Kabinetts Luther den Auftakt zur Wiedereinführung der Monarchie darstellt. Die Deutschnationalen hätten einen größeren Sieg davongetragen, als sie im Dezember und zu der Zeit zu hoffen wagten, als sie Marx und seine republikanischen Gesinnungsfreunde wegen der Annahme des Dawes-Gutachtens in der Hand zu haben glaubten. Frankreich müsse mehr denn je auf der Hut sein.

Die Londoner Presse.

* London. Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph" ist der Ansicht, daß das neue Kabinett einen wenig republikanischen Charakter trage, da seine Mitglieder der Gesinnung nach zweifellos monarchistisch seien. Indessen werde die Luther-Regierung nur mit Unterstützung des Zentrums bestehen können, und diese Partei werde zweifellos dafür sorgen, daß die reaktionäre Erhebung nicht zu schnelle Fortschritte mache. Das neue Kabinett würde eine Erklärung abgeben, daß es die Außenpolitik des letzten Kabinetts verfolgen werde. Es sei ferner zu erwarten, daß die Frage der Kölner Räumung wieder in den Vordergrund gedrängt werde und daß die nationalen Parteien auf einer neuen Erklärung hinsichtlich der deutschen Verantwortlichkeit für den Krieg bestehen werden. Andererseits sei es nicht wahrscheinlich, daß ernsthafte Schwierigkeiten hinsichtlich des Londoner Abkommens entstehen würden.

Die amerikanische Presse.

* Newyork. Die gesamte amerikanische Presse verfolgt die Versuche zur Bildung einer neuen Reichsregierung mit großer Spannung. Die Zeitungen bringen die Berliner Meldungen über den Stand der Verhandlung in größter Aufmachung und beschäftigen sich in langen Leitartikeln mit den verschiedensten Fragen der innerdeutschen Politik. Die „Newyork Times" schreibt in ihrem Leitartikel, daß weder die Deutschnationalen noch die Volkspartei versuchen werden, die Monarchie zu errichten. Das deutsche Volk wünsche den Frieden und sei bestrebt, seine Wirtschaft wiederherzustellen. Es sei bemüht, den Dawes-Plan zu erfüllen und alle Möglichkeiten auszunutzen, die dieser ihm für seinen Wiederaufbau liefert. Auch eine Rechtsregierung werde am Dawes-Plan festhalten, denn es bestehe der unerschütterliche Glaube, daß nur auf dieser Grundlage die deutsche Politik geführt werden könne.

Der neue Reichsjustizminister.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichsjustizministerium **hat der Oberlandesgerichtspräsident a. D. Frenken in Köln übernommen.**

Zum deutsch-französischen Abkommen.

Die deutschen Vorschläge abgelehnt.

)(Paris. Ueber die gestrigen Verhandlungen der deutsch-französischen Handelsvertragsdelegation wird mitgeteilt: Bei der heutigen Verhandlung haben sich die **Aussichten für eine Einigung verschlechtert.** Der deutsche Gegenvorschlag, der versucht hatte, sich dem letzten französischen Vorschlage zu nähern, erschien der französischen Delegation nicht diskutierbar. Sie erklärte, sie könne der gegenseitigen Meistbegünstigung, wie es das Protokoll vom 10. Dezember 1924 vorgesehen habe, im weitern Umfange nicht zustimmen, sondern müsse eine **unterschiedliche Zollbehandlung** auch solcher deutschen Waren verlangen, die für die deutsche Exportwirtschaft wesentlich seien. Diese völlig veränderte Lage veranlaßte den Staatssekretär Dr. Trendelenburg, zu erklären, er müsse zunächst mit der neugebildeten Regierung in Berlin Fühlung nehmen.

Abermals deutsche Offiziere zum Tode verurteilt.

)(Paris. Das Kriegsgericht von Lüttich hat gestern, wie angekündigt, gegen den deutschen **Oberst Teßmann** und gegen den deutschen **Major Hedemann** in Abwesenheit verhandelt. Die deutschen Offiziere werden bekanntlich der Tötung von 121 Zivilpersonen aus der Gegend von Rossignol im Jahre 1914 beschuldigt. **Beide Offiziere wurden zum** Tode verurteilt.

)(Paris. Wie das Journal meldet, hat das Kriegsgericht in Namur gestern in Abwesenheit gegen drei deutsche Offiziere verhandelt, gegen **Major Heyne** vom 3. Ulanen-Regiment, der beschuldigt wird, einen 18jährigen Bankangestellten in Templeux erschossen zu haben, gegen den **Hauptmann Collani**, der angeblich überführt sei, den Geistlichen eines Taubstummeninstitutes ermordet und das Schloß Boninnes in Brand gesteckt zu haben, sodaß die verwundeten Franzosen und Belgier, die sich darin befanden, im Feuer umgekommen seien, und gegen **Oberst Ompteda**, der angeblich überführt sei, viele Häuser in Flavion in Brand gesteckt zu haben. Das Gericht verurteilte **Heyne und Collani zum Tode** und **Ompteda zu 20 Jahren Zwangsarbeit.**

Die bevorstehende Rede Dr. Stresemanns.

Berlin, 17. Januar. Die große außenpolitische Rede, die **Minister Dr. Stresemann** im Anschluß an die Programmerklärung des Reichskanzlers halten wird, wird, wir hören, **von außerordentlich großer Bedeutung** sein. Der Minister wird sich nicht nur über die Fragen der Räumung der besetzten Gebiete und der Durchführung des Dawesplanes äußern, sondern er wird auch auf sämtliche Details der in den letzten Monaten aufgetauchten außenpolitischen Probleme und insbesondere auf die Frage der Wirtschaftsbeziehungen eingehen. Dr. Stresemann wird dabei an die gegnerischen Mächte die Aufforderung richten, jetzt alle politischen Fragen zu bereinigen und die Lebensrechte Deutschlands unangetastet zu lassen, da nur auf diesem Wege eine sichere Stabilität der europäischen Gesamtlage eintreten könne. Festzustehen scheint auch, daß Dr. Stresemann in der Völkerbundfrage eine neuerliche Darstellung des deutschen Standpunktes geben wird.

Eine englische Anregung in der Räumungsfrage?

Berlin, 17. Januar. In den parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Frage der Zusammenlegung der Räumung der Kölner Zone mit der des Ruhrgebiets immer noch im Vordergrund der Erwägungen der diplomatischen Kreise der beteiligten Mächte steht. Von Seiten der englischen Regierung sei eine neue Anregung ausgegangen, der zufolge die **endgültige Räumung für einen Termin im Frühsommer** festgesetzt werden soll, und zwar solle bis dahin die deutsche Regierung die Aufgabe haben, alle Beanstandungen der interalliierten Kontrollkommission zu prüfen und Abhilfe zu schaffen. Deutschland müsse sich bis dahin die Militärkontrolle gefallen lassen. Der deutschen Regierung sei dieser englische Vorschlag auf inoffiziellem, unverbindlichem Wege zur Kenntnis gebracht worden.